



Interviews

7. Februar 2024

Nina Scheer im Gespräch mit Maria Grunwald

Maria Grunwald: Auf dem Weg zur Klimaneutralität bis 2050 hat die EU-Kommission gestern ein Zwischenziel vorgeschlagen. Bis 2040 soll der CO₂-Ausstoß, verglichen mit 1990, um 90 Prozent sinken. Die Sektoren, die Treibhausgase einsparen können, sind vor allem die Industrie, der Verkehr, die Landwirtschaft. Für die europäischen Grünen und Umweltschutzorganisationen wie Greenpeace ist das Einsparziel von 90 Prozent noch zu wenig. Für andere, etwa aus den Reihen der Europäischen Volkspartei, oder vom Bundesverband der Deutschen Industrie, ist es ambitioniert. Wo positioniert sich die Kanzlerpartei SPD? Dazu begrüße ich am Telefon Nina Scheer, Klimaschutz- und energiepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Guten Morgen, Frau Scheer.

Nina Scheer: Guten Morgen, Frau Grunwald.

Grunwald: Ist dieses Klimaziel von 90 Prozent CO₂-Reduktion gegenüber 1990 und das Ganze bis zum Jahr 2040 in der EU ein zaghaftes, also nicht ausreichendes, oder ein ambitioniertes, also ein schwer zu schaffendes Ziel?

Scheer: Ich würde sagen, der Fokus muss darauf liegen, dass das alles immer Mindestziele sind und dass wir uns in die Lage versetzen müssen, sowohl in den Mitgliedsstaaten als auch auf der europäischen Seite, dass überhaupt Ziele beschleunigt erreicht werden. Das muss im Mittelpunkt des Handelns stehen. Insofern in der Tat, wenn man aus nationaler Perspektive schaut, auch mit unserem Klimaschutzgesetz, dann wäre ein noch ambitionierteres Ziel durchaus sinnvoll. Aber noch wichtiger als die Zielsetzungen sind die Erreichbarkeiten und insofern muss es auch um massive Investitionen in den Umbau der Industrie, der Energiewirtschaft gehen, damit wir tatsächlich in die Lage versetzt werden, diese Dekarbonisierung beziehungsweise den Umstieg auf erneuerbare Energien, auf die Alternativen zu den fossilen Ressourcen, dass das auch wirklich beschleunigt erfolgt. Das ist der Schlüssel für die Klimaneutralität.

Grunwald: Sie haben gerade gesagt, Sie hätten sich durchaus auch ein höheres Reduktionsziel vorstellen können. Schauen wir näher auf die Empfehlungen der EU-Kommission. Die skizziert ja Optionen, wie man Treibhausgase senken will. Für die Energiewirtschaft heißt es etwa, weg von den Fossilen, hin zu erneuerbaren Energien. Dass das notwendig ist, das ist ja klar. Wie man da hinkommt, konkrete Maßnahmen, die gab es nicht. Was bringt jetzt diese Zielvorgabe aus Brüssel wirklich?

Scheer: Es ist in einer gewissen Weise auch eine Aufgabenerfüllung, weil man sich ja vorgenommen hatte, auf europäischer Seite genau dieses Zwischenziel zu setzen. Aber insofern ist es auch wichtig, womit das dann unterlegt wird, und es ist dann ein Einfallstor, wenn gerade in den, sagen wir mal, fossil intensiven Bereichen die Prognose bis 2040 bei 80 Prozent Reduktion nur liegt. Das sind solche Dinge, die in der Feinjustierung so ausgestaltet werden

müssen, dass tatsächlich das keine Verfestigung von fossiler Energienutzung ist. Das muss im Mittelpunkt stehen. Das wird jetzt nicht die jetzige Kommission noch leisten, sondern das muss dann in der nächsten Legislaturperiode auch durch das Europäische Parlament begleitet und hoffentlich mit vielen demokratischen Kräften, die den Klimaschutz ernstnehmen, in die Umsetzung gebracht werden. Aber wichtig ist, dass man hier tatsächlich an den Knackpunkten ansetzt. Ich wiederhole noch mal: Der Umstieg auf die Erneuerbaren muss absolut im Zentrum stehen aller Ambitionen, aller Maßnahmen, und ich finde es aber auch einen richtigen Ansatz, dass etwa da jetzt auch durchklingt, es müssen Investitionen losgelöst werden, es müssen auch die sozialen Komponenten Beachtung finden. Das sind auch Aussagen, die gestern getroffen wurden, und das ist zumindest auf der Haben-Seite, weil es muss klar sein, auch aus den Krisen heraus betrachtet, die wir gerade hinter uns haben und nach wie vor noch im Blick zu behalten haben, dass wir ohne diese Resilienz sowohl der Wirtschaft als auch unseres Sozialstaates diesen Transformationsprozess nicht hinbekommen.

Grunwald: Bevor wir noch mal genau auf den Transformationsprozess zu sprechen kommen – Voraussetzung für das neue Klimaziel bis 2040 ist laut Kommission, dass die Mitgliedsstaaten ihre nationalen Klimapläne einhalten oder nachschärfen. In Deutschland setzt man aber auf Änderungen am Klimaschutzgesetz, so dass nicht mehr jeder Sektor, etwa Verkehr oder Gebäude, ein verbindliches Einsparziel hat, sondern die Einsparungen in einem Sektor das „zu viel“ in einem anderen ausgleichen kann. Kritiker sprechen von einer Aufweichung. Sprich: Schon Deutschland hat Schwierigkeiten, den nationalen Klimaplan nachzuschärfen. Wie soll das erst dann EU-weit gelingen?

Scheer: Wir haben in Deutschland ja einmal schon nach einem Verfassungsgerichtsurteil nachgeschärft und uns ist allen wichtig, dass diese Haltelinie, die auch das Verfassungsgericht gesetzt hat, nicht gerissen wird. Diese Verhandlungen um das Klimaschutzgesetz laufen ja auch gerade noch. Insofern kann man hier nicht davon sprechen, dass Deutschland die Klimaziele aufweicht. Nein, die Verhandlungen laufen und es wird auf jeden Fall mit uns, mit der SPD-Bundestagsfraktion keine Verwässerung des Klimaschutzgesetzes geben.

Grunwald: Sagen Sie an dieser Stelle. Umweltverbände kritisieren außerdem, dass die EU der Landwirtschaft zu viele Zugeständnisse gemacht hat. Detaillierte Empfehlungen für die Landwirtschaft, um etwa weniger Dünger zu benutzen, die kommen nicht mehr vor, und es gibt auch keine Empfehlung mehr, Methan einzusparen. Wie sehr hat der Protest der Bauern in Europa die Klimapolitiker eingeschüchtert?

Scheer: Das kann ich schlecht beurteilen, was auf europäischer Ebene an welcher Stelle gewirkt hat. Eine Einschüchterung darf es grundsätzlich in der politischen Kategorie nicht geben, weil das wäre das Gegenteil des Auftrages, was wir als Volksvertreter haben. Aber es ist wichtig, dass man die Sektoren, die auch wirklich in der Lage sind, jetzt schnelle Einsparungen zu bringen, dass man die auch wirklich benennt, und natürlich gehört auch die Landwirtschaft dazu. Aber in der Landwirtschaft muss man auch schauen, dass man sie dazu bringt, dass eine Einsparung ermöglicht wird. Deswegen haben wir zum Beispiel auch im Parlament jetzt im Gleichzug mit der Verabschiedung des Haushaltes für 2024 einen Antrag

als Ampel verabschiedet, der diese Zukunftsfestigkeit einer nachhaltigen Landwirtschaft begleiten soll beziehungsweise Maßnahmen auf den Weg bringen soll, die bis Mitte des Jahres vorzulegen sind, damit genau diese Zukunftsfestigkeit mit den Rahmenbedingungen abgebildet wird. Es bringt ja nichts, wenn wir einen Erwartungshorizont setzen, der im internationalen Wettbewerb nicht erfüllbar ist, und dann letztendlich die Ziele von anderen gerissen werden und hier keine Wirtschaft mehr besteht, sondern es muss wirklich dieser Transformationsprozess investitionsseitig unterstützt werden. Deswegen brauchen wir auch dringend diese Ermöglichung von Investitionen in Deutschland auch mit den vorgelegten Vorschlägen.

Grunwald: Bevor wir auf die Investitionen kommen – muss die EU klarer sagen und muss auch Deutschland klarer sagen, wir haben uns für Klimaneutralität bis 2050 entschieden, Deutschland sogar bis 2045, und das wird schmerzhaft? Wenn wir Dämmung brauchen, wenn wir Wärmepumpen künftig brauchen, was ja auch alles Brüssel empfiehlt, das wird doch teuer. Muss man das den Bürgern nicht klar genug sagen und tun wir das?

Scheer: Ich finde, das ist die falsche Message. Tut mir leid! Es werden deutliche Veränderungen sein, aber wir müssen es als Gesellschaft, welche Veränderungen auch immer es sind, so gestalten, dass die Chancen in den Mittelpunkt gerückt werden. Ich sage das nicht, damit irgendwie Schönfärberei für die Leute skizziert wird, sondern weil es aus den Erfahrungen der Energiewende nichts bringt, Maßnahmen zu ergreifen, die die Menschen überfordern, sondern die erfolgreichsten Schritte in der Energiewende sind bisher mit Anreizen erreicht worden.

Grunwald: Genau da würde ich gerne einhaken, Frau Scheer, weil die Kontroverse und die spätere Abschwächung des Heizungsgesetzes in Deutschland hat ja gezeigt, die Politik, in diesem Fall die Ampel mit Beteiligung der SPD oder Führung der SPD, hat die Bürger beim Wandel hin zu mehr Klimaschutz nicht mitgenommen. Was haben Sie aus diesem Versäumnis für Ihre künftige Kommunikation in Sachen Klima gelernt?

Scheer: Da sind Sachen durchgestochen worden. Das ist nicht das, woran sich eine hinterher verabschiedete Politik beziehungsweise die Gesetze, die dann verabschiedet wurden, messen lassen müssen, sondern das waren durchgestochene Gesetzentwürfe. Die sind nicht der Maßstab dessen, was wir verabschiedet haben.

Grunwald: Aber die Frage war ja, was haben Sie daraus gelernt, um die Bürger künftig mitzunehmen.

Scheer: Wir haben im parlamentarischen Prozess im Heizungsgesetz eine Menge geändert, wonach genau das, was ich gerade sagte, nämlich die Ermöglichung muss in den Mittelpunkt, die Chancen dieses Wandels müssen in den Mittelpunkt der Maßnahmen gestellt werden, dass das auch genau umgesetzt wurde mit der Verzahnung zur kommunalen Wärmeplanung, mit den weiteren erweiterten Förderprogrammen. Die Förderprogramme sind das Maßgebliche. Man kann den Menschen nicht abverlangen, Schritte zu gehen, die sie ökonomisch nicht leisten können. Deswegen ist auch eine Lehre aus dem Hergang des Heizungsgesetzes, wenn Sie so konkret danach fragen, dass man diese Investitionsseite stärken muss. Übrigens sind wir genau so auch durch die Krise gekommen. Wir haben 200 bis 300

Milliarden, erst mal 100 Milliarden, dann noch mal 200 Milliarden freigestellt an Haushaltsmitteln beziehungsweise an Verpflichtungsermächtigungen in dem Krisenjahr, mit denen wir gut durch die Krise gekommen sind, und das muss auch der Maßstab sein, um diesen Umbau der Gesellschaft hinzubekommen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.